

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Walter Momper zum 100.
Geburtstag von Ernst Reuter:
In der Politik ist Mut gefragt.
Seite 1

Johannes Straßer MdL zur
Behauptung der Bayerischen
Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit, Schlesien ste-
he „unter polnischer Verwal-
tung“: Voraussetzender Ge-
horsam gegenüber Waigel?
Seite 4

Rezension:

Dr. Karsten Schröder stellt
das Buch von Ludolf Herbst:
„Option für den Westen“ vor.
Seite 5

44. Jahrgang / 139

24. Juli 1989

In der Politik ist Mut gefragt

Zum 100. Geburtstag von Ernst Reuter

Von Walter Momper
Regierender Bürgermeister von Berlin
Landesvorsitzender der Berliner SPD

Den Stuhl Ernst Reuters einzunehmen, gehört noch immer zu den größten Herausforderungen deutscher Politik. Reuter hat die Maßstäbe dafür gesetzt, was politisch unter schwierigsten Umständen möglich ist, wenn die einzige Richtschnur des Handelns Rechtfertigkeit, rückhaltloser Einsatz der Persönlichkeit und Menschlichkeit ist. Der Status der Stadt war nicht festgeschrieben, die Reserven der Millionenmetropole durch den Krieg Nazi-Deutschlands zerstört und der Spielraum für die Politik deutscher Demokraten mußte von Tag zu Tag, von Situation zu Situation erst geschaffen werden.

Nichts in dieser Stunde Null nach dem Inferno war selbstverständlich, nichts war gesichert und die Voraussetzungen für jegliches Verwaltungshandeln waren armselig. Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Unterernährung der Menschen prägten das Bild, noch gesteigert durch Flüchtlingsströme, Heimkehrer, auseinandergerissene Familien. Zugleich aber gab es den Willen, gemeinsam anzupacken, aufzubauen, Wunden zu heilen.

Reuter besaß in dieser Situation das fast unbegrenzte Vertrauen der Menschen - wohl auch deshalb, weil er in ihre Kraft und ihren Willen zur Zukunft vertraute. Er war einer von ihnen, Ernst Reuter war Berlin. Zum zweiten Male heimgekehrt in die Stadt, von der er wußte, daß sie die Zukunft Europas war. Hier, im Zentrum der Vernichtung und Verwüstung, wo sich die Weltkriegsverbündeten die Hände gereicht und schon wieder zerstritten hatten, sah er bereits die Hoffnung für den Neuanfang.

Die Stadt war hoffnungslos überfüllt von den Heimkommenden, die Wirtschaft war demontiert und zerrüttet, die Diskussion, ob es nicht billiger käme, Berlin in die Lüneburger Heide zu verlegen, noch nicht verstummt. Das alles hat Reuter und die Berliner, die ihm vertrauten, nicht daran gehindert, die entscheidene Weichenstellung für die Zukunft zu bewirken und die Nachkriegsgeschichte

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufvermögen
mit allen Rohstoffen
Recycling-Papier



entscheidend zu beeinflussen. Er hatte nur die moralische Kraft seines Wortes, aber die setzte er in politisches Handeln um. Es ist und bleibt sein Verdienst, daß die Stimme Berlins in der internationalen Diskussion um Menschenrechte, um Frieden im Europäischen Haus und um Zusammenarbeit zwischen Ost und West Gehör findet.

In einer Situation höchster Not, wo es um die Sicherung der nackten Existenz von einem Tag zum nächsten ging, dachte er bereits wieder an die herausragende Verantwortung aller Deutschen bei dem Bemühen, die europäischen Nationen in Ost und in West zu einem Verhältnis guter Nachbarschaft zusammenzuführen. Das bedeutete für ihn, ein gutes Verhältnis zu den französischen Nachbarn ebenso zu finden wie zu den Polen. Und es bedeutete vor allem die Aussöhnung mit dem russischen Volk. „Ich habe nicht nur keine Antipathie gegen die Sowjetunion“, sagte er 1947 in einem Zeitungsinterview, „sondern ich liebe Rußland. Ich habe in Moskau gelebt, ich spreche die Sprache dieses Volkes, und ich weiß, was das sozialistische Experiment im gewaltigen Reich der Sowjetvölker an Beispielen gegeben hat. Aber ich muß eins sagen: Ich bin bereit, alles zu tun, um die Deutschen zu ehrlichen Freunden dieser mächtigen Union zu machen, nur eins kann ich nicht: aus Liebe zur Sowjetunion meinen demokratischen Prinzipien untreu werden...“.

Es war die Sowjetunion, die damals die ausgestreckte Hand dieses großmütigen Mannes ausgeschlagen hat. Man stelle sich vor, ein Mann wie Reuter wäre auf einen Mann wie Gorbatschow gestoßen. Die geschichtliche Notwendigkeit zur Aussöhnung mit dem sowjetischen Volk, zum großen Dialog mit den Nachbarn im Osten ist nach dem Ablauf von vier Jahrzehnten um nichts geringer geworden, die Zeit war reif. Es darf nicht daran scheitern, daß diesmal die Gesprächspartner auf unserer Seite sich versagen. Wer glaubt, den gewaltigen Aufbruch der östlichen Staaten zu neuen Ufern mit verschränkten Armen und in den Schoß gelegten Händen abwarten zu können statt Hilfe anzubieten, der betrügt die europäischen Völker im Westen wie im Osten gleichermaßen um ihre Hoffnung auf eine humanere, friedlichere und weniger von Umweltvernichtung bedrohte Welt. Er hat jedenfalls kein Recht, sich auf Ernst Reuter zu berufen, der sich „nichts sinnloseres als die Politik der Blöcke“ vorstellen konnte. „Wenn schwachsinnige Reaktionäre davon träumen, von den Schwierigkeiten unter den Alliierten profitieren zu können, dann sollte man sie an den Füßen zuerst aufhängen.“

Es ist höchste Zeit, den östlichen Nachbarn im weitaus stärkeren Maße bei der Umgestaltung ihrer Zimmer im Europäischen Haus zu helfen. Niemand soll glauben, daß es bei ihm nicht reinregnet, wenn nebenan die Stützbalken wegrutschen. Und es ist absurd, wenn der Wehretat der Bundesrepublik 1990 um 3,4 Prozent steigen soll - die Berlinhilfe bleibt vergleichsweise bei bescheidenen 2,3 Prozent - wenn gleichzeitig Menschen deutscher Herkunft aufgrund gelockelter Reisebestimmungen zu Zehntausenden aus dem Ostblock in unser Land strömen und in den Bundesländern die Mittel zu ihrer Unterbringung und Integration fehlen. Es sei daran erinnert, daß wir nach dem Krieg zu Reuters Zeiten mit weitaus größeren Flüchtlingsströmen unter weitaus schwierigeren ökonomischen Bedingungen fertig werden mußten und daß die Bundesrepublik einschließlich Berlin von diesen Menschen profitiert hat. Ihr Wille zum Neuanfang, ihre Arbeitskraft und ihr Fleiß haben zum Wirtschaftswunder beigetragen. Wir können das gleiche noch einmal schaffen, wenn wir mehr Wohnungen bauen und die augenblickliche Wirtschaftsexpansion zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen.

Die Bundesregierung, die diese Menschen jahrelang gerufen hat, solange die Grenzen dicht waren und die Unkanrufe von der aussterbenden deutschen Bevölkerung die Runde machten, sowie der Vorgängerserrat haben es völlig verabsäumt, die Voraussetzungen für die Aufnahme dieser Bevölkerungsbewegung zu schaffen. Hier ist ein falsches Spiel mit Gefühlen und Hoffnungen getrieben worden. Eine Rückbesinnung auf Ernst Reuters oberste Maxime der Politik tut not: und diese wichtigste Richtschnur politischen Handelns hieß Ehrlichkeit.

Es wäre ehrlicher, den Heimat- und Vertriebenenverbänden vorzuschlagen, Patenschaften für die Menschen nahezu legen, die aus den Ostgebieten zu uns strömen, anstatt in Sonntagsreden über Deutschland in den Grenzen von 1937 zu fabulieren. Es wäre ehrlicher, praktische Unterstützung bei der Durchsetzung von Glasnost und Perestrojka in den Gesellschaftssystemen der sozialistischen Staaten zu geben und den Menschen das Bleiben zu erleichtern, als beispielsweise die Menschen in der DDR mit Wiedervereinigungsphrasen abzuspeisen oder den Polen zum 50. Jahrestag des Hitlerüberfalls auf ihr Land den Rücken zu kehren.

Ernst Reuter, wäre er nicht vor 100, sondern vor 50 Jahren geboren, hätte sicher einiges Interessantes zur Verkehrspolitik unserer Tage beizutragen. Er war ein Verkehrsexperte von internationalem Rang und hat schon in der Weimarer Zeit maßgeblich darauf hingewirkt, daß Berlin die beste und modernste Verkehrsinfrastruktur aller deutschen Städte entwickelte. Dieses Erbe gilt es fortzuentwickeln und im öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Unsere Freiheit und Selbstbestimmung, die wir seinem Wirken verdanken, gipfelt nicht in der „freien Fahrt für freie Bürger“. Das Copyright für Reuters politisches Vermächtnis liegt nicht bei denen, die Denken durch Phrasen und Ehrlichkeit durch Demagogie ersetzen. Sein 100. Geburtstag soll Anlaß sein, sich darauf zu besinnen, daß in der Politik Mut gefragt ist zu neuen Wegen statt Gefälligkeit, eine dienende Haltung gegenüber dem Bürger statt staatlicher Arroganz und vor allem das unbeirrbar Eintreten für mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Ernst Reuter, der Weltbürger, Ernst Reuter, der Wolgadeutsche Kriegskommissar, Ernst Reuter, der Emigrant mit dem türkischen Paß, hätte kein Verständnis gehabt für die erbärmliche Diskussion um das Bleiberecht für 5.000 von Not und Verfolgung bedrohten Ausländern in unserer Stadt, die aus durchsichtigen Motiven vom Zaun gebrochen worden ist. Holen wir Ernst Reuter aus dem Museum, in das ihn falsche Freunde gern einsperren möchten. Er gehört mitten unter uns. Er ist an seinem hundertsten Geburtstag so lebendig und aktuell wie eh und je.

(-/24.7.1989/vo-he/rs)

* * *

Vorausseilender Gehorsam gegenüber Waigel?

Zur Behauptung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,
Schlesien stehe „unter polnischer Verwaltung“

Von Johannes Straßer MdL

Mitglied des Parlamentarischen Beirates der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit

Führte die Studienreise der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ins „deutsche Schlesien, das unter polnischer Verwaltung steht“, oder nach Polen? Diese Frage stellt man sich nach der Lektüre des Tätigkeitsberichtes 1988 der Bayerischen Landeszentrale. Dort ist nämlich auf Seite 11 festgehalten:

„Studienreise in die CSSR und nach Polen.

Diese Fahrt führte nach Böhmen und in das unter polnischer Verwaltung stehende Schlesien.

An ihr nahmen 44 Personen teil.“

Als Angehöriger des Parlamentarischen Beirates der Landeszentrale will ich wissen, ob dieser denn nicht das 1972 qualifizierte Abkommen vorliegt, das keinerlei gegenseitige Gebietsansprüche beinhaltet und nach dem Polens Westgrenze erst an der heutigen Grenze zur DDR endet.

Diese Frage habe ich auch Dr. Waggenbauer, dem Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, vorgelegt.

Schließlich stellt sich die Frage: Ist die Bildungsarbeit vor Jahrzehnten stehengeblieben?

Oder war es der vorausseilende Gehorsam der Landeszentrale gegenüber der politischen Spitze der CSU. CSU-Chef Waigel hat erst vor kurzem geäußert und mehrfach bestätigt, daß für ihn das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht. (-/24.7.1989/vo-he/rs)

* * *

REZENSION

Option für den Westen

Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt

Ludolf Herbst: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag; Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1989, 264 S.; DM 12.80.

Im 40. Gründungsjahr der Bundesrepublik wird vielfach an die Ursprünge und Ausgangsbedingungen erinnert, die zum wirtschaftlichen Aufstieg und zur Eingliederung des westdeutschen Teilstaates ins westliche Bündnis geführt haben. Der unbestrittene Erfolg von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gehört schon seit langem zum gern rezierten Repertoire von konservativer Politlyrik, die mit Rückgriffen auf einen verklärten Gründermythos nicht auszukommen glaubt. In diesem Sinne werden einigen politischen Akteuren, allen voran Konrad Adenauer und de Gaulle, stets von neuem hervorragende Verdienste um die Einigung Westeuropas und besonders um die deutsch-französischen Beziehungen bescheinigt. Für Feiertagsreden mag man das durchgehen lassen, aus Sicht kritischer Historiker ergibt sich ein korrekturbedürftiges Bild der europäischen Nachkriegsentwicklung.

Wie sich die wirtschaftliche, militärische und politische Integration der Bundesrepublik in den Westen vollzug, beschreibt das schmale Taschenbuch von Ludolf Herbst, Mitarbeiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte. „Der Startschuß für einen Zusammenschluß Westeuropas fiel nicht in Europa, sondern in den Vereinigten Staaten von Amerika.“ Mit dieser Feststellung liefert der Autor zugleich seinen interpretatorischen Schlüssel zum Verständnis der europäischen Entwicklung: er betrachtet die politischen Vorgänge weitgehend aus der atlantischen Perspektive. Diese Sichtweise ist interessant und aufschlußreich, weil sie einmal nicht die Ereignisse nur aus bundesdeutscher Position zu beschreiben versucht.

Daß die USA ganz entscheidend ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten nutzten, der europäischen Entwicklung ihren Stempel aufzudrücken, dürfte hinlänglich bekannt sein. Allein der Marshallplan wurde nicht nur zu einem Schlüsselereignis der europäischen, sondern auch der deutschen Nachkriegsgeschichte, „weil er die westdeutsche Wirtschaft fest mit Westeuropa verband“. Insgesamt, so die Argumentation des Autors, wurden zwischen 1945 und 1949 mit Hilfe oder auf Druck der USA Fakten geschaffen, die die spätere Bundesrepublik wirtschaftlich und sicherheitspolitisch in den Westen einbanden, ohne daß sich der deutsche Teilstaat dem entstandenen bzw. in der Entstehung begriffenen Netz aus Verträgen und Abkommen (OEEC, Europarat, NATO) je hätte entziehen können. Folge: Die Westbindung der Bundesrepublik war die einzige Option, die ihr zugestanden wurde.

„Noch vor der Genehmigung des Grundgesetzes im Mai 1949 hatten die drei Westalliierten (am 8. April) in Washington ihre Deutschlandpolitik festgelegt: Der westdeutsche Staat sollte auf das engste

mit dem europäischen Einigungswerk verbunden werden. Dabei hatten die Alliierten zunächst einmal wirtschaftliche und politische Bindungen im Auge, aber ihr Blick richtete sich bereits auf die militärische Ebene, wenn hiervon offiziell auch noch nicht die Rede war. Daß man dem westdeutschen Staat erlauben würde, eine Existenz außerhalb der westeuropäischen Integration zu führen und sich als ungebundener, voll handlungsfähiger Nationalstaat zu etablieren, der frei zwischen West und Ost optieren konnte, war ausgeschlossen."

Dem ersten Bundeskanzler war das nur recht, verfolgte er doch das Ziel die Bundesrepublik so eng wie nur irgendmöglich an den Westen zu binden. Für Adenauer hatte Westintegration eindeutig Vorrang vor Wiedervereinigung. Dem Autor ist daher zuzustimmen: „Diese Politik hat mit dem Vorwurf zu leben, einen Teil der Nation - der deutschen Schicksalsgemeinschaft - einfach im Stich gelassen zu haben, nicht einmal den ernstesten Versuch unternommen zu haben, sie vor dem Schicksal erneuter Tyrannei zu bewahren.“

Der Autor geht den weiteren Stationen der Westintegration nach, beschreibt in lesbarem Stil die komplizierten Probleme bei der Bildung der NATO nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowie die Anläufe und Hindernisse bei der mühevollen Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In einem Schlußkapitel nimmt er sich der viele Jahre gar nicht so harmonischen deutsch-französischen Beziehungen an und belegt, wie sehr der „Freundschaftsvertrag“ von 1963, dem der Bundestag noch eine Präambel voranstellte, „in diamentralem Gegensatz zur Außenpolitik de Gaulles und zu den Intentionen stand, die er mit dem deutsch-französischen Vertrag verfolgte und zu deren Teilhaber er Adenauer nolens volens gemacht hatte.“ Der Versuch de Gaulles, die Bundesrepublik von den USA und Großbritannien zu trennen, mißlang, doch Irritationen über den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik waren die Folge. Bedeutsam wurde dieser Vertrag nur in einem Punkt: „So störend und in gewisser Weise überflüssig der deutsch-französische Vertrag einerseits war, so wirksam wurde er doch andererseits zum Kristallisationskern deutsch-französischer Aussöhnung.“

Die detaillierte Monographie des Münchner Historikers liefert insgesamt den Nachweis, daß bundesrepublikanische Europapolitik anfangs nicht um ihrer selbst willen betrieben wurde, sondern dazu diente, die Bundesrepublik zu einem souveränen Staat zu machen. Mit Hilfe wirtschaftlicher Instrumente wurden politische Zwecke, nämlich die Souveränität, zu erreichen versucht, und nicht ohne Erfolg, wie die vierzigjährige Geschichte der Bundesrepublik belegt. Nur, eine wirkliche Option bestand eigentlich nicht. Die Westbindung der Bundesrepublik wurde von anderen, den Vereinigten Staaten und Europäern beschlossen. Darauf im Jubiläumsjahr der Bundesrepublik noch einmal aufmerksam gemacht zu haben, gehört auch zu den verdienstvollen Aspekten dieses Buches.

Dr. Karsten Schröder

(-/24.7.1989/vo-he/rs)

* * *